

Für ein NEIN zur EU-Mitgliedschaft Deutschlands!

Die KPD tritt aus den hier genannten Gründen nicht zur Wahl des EU-Parlaments mit eigenen Kandidaten an. Wer wählen geht, sollte so weit wie möglich links wählen!

(Raum für eigene Informationen)

Zentralkomitee der KPD, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: 030/9821930, Fax: 030/97896669
Internetpräsentation: www.k-p-d.org
E-mail: post.drf@k-p-d.org

Gestaltung: Sylvia Feldbinder, 10/13

Standpunkt

der Kommunistischen Partei Deutschlands
zu den
Wahlen zum Europaparlament 2014

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) bekräftigt anlässlich der Wahlen zum Europaparlament am 25. Mai 2014 erneut ihren bisherigen Standpunkt, der EU mit ihren gebildeten Organen als Zentrum der größten multinationalen Konzerne, ihren Lobbyisten und Regierungsvertretern jegliche Legitimität für die Völker Europas abzusprechen. Die EU ist ein imperialistisches Machtzentrum, das sich neben den USA aktiv an der Neuaufteilung der Welt mittels wirtschaftlicher, politischer Expansion und militärischem Eingreifen beteiligt.



**Nein zur
Europäischen Union
und ihren Organen!**

Der Lissabon-Vertrag als Neuauflage der gescheiterten EU-Verfassung ist ein Dokument für Kriegsabenteurer, militärische Aufrüstung, für weiteren Abbau von verbliebenen Demokratie- und Sozialrechten. Wichtige Souveränitätsrechte der Länder der EU gehen an die EU-Organe über. Die Friedenspflicht, das Verbot von Angriffskriegen und das Gewaltverbot lt. Grundgesetz der BRD in Übereinstimmung mit der UN-Charta, das ohnehin rechtswidrig gebrochen wurde, sind nun auch als Rechtsvorschrift im Lissabon-Vertrag nicht mehr zu finden. Im Gegenteil, die Verpflichtung zur militärischen Aufrüstung, zur neoliberalen Marktwirtschaft, also zum kapitalistischen System, zur Privatisierung von Produktionsmitteln und zum militärischen Eingreifen bei „Notwendigkeit“ zur Beherrschung von Energie- und Rohstoffressourcen sind festgeschrieben. Aus Angst vor einer Ablehnung des Lissabon-Vertrages durch die Völker, der ja nur eine Neuauflage der gescheiterten EU-Verfassung ist,

werden die Menschen in den meisten EU-Mitgliedsländern nicht in eine Entscheidungsfindung einbezogen. Die Regierung der BRD, der Bundestag sowie der Bundesrat setzten sich über die ablehnende Haltung der Mehrheit der Bevölkerung der BRD hinweg und stimmten für das Vertragswerk. Das in Irland vorgenommene Referendum zeigte die eindeutige Ablehnung des Volkes. Jegliche Stimme für die EU wird als Unterstützung des Vertragswerkes und zum weiteren Ausbau der Machtstrukturen, die vor allem der Durchsetzung der Weltherrschaftspläne unter maßgeblicher Führungsbeteiligung des deutschen Imperialismus dienen, gewertet.

Darum: Nein zur EU!

Die Machtstrukturen der EU reduzieren bei uns nicht

- das Millionenheer der Arbeitslosen, sondern im Gegenteil: Wo Profitmaximierung im Vordergrund steht, wandern das Kapital/die Investitionen dorthin, wo durch billige Arbeitskräfte am meisten Profit erzielt wird,

kommunistischen Parteien und Organisationen,

- das Verbot des Bundeswehreinsetzes im Innern,
- das Verbot und die Auflösung aller neofaschistischen Parteien und Organisationen,
- das Verbot der Diskriminierung von Migranten und Asylsuchenden.

Die EU bedeutet Militarisierung und Kriegseinsätze!

Die EU trägt unter dem Vorwand von Demokratie, Freiheit und Menschenrechte, getarnt als „humanitäre Hilfe“ und „Schutz der Zivilbevölkerung“ Kriege in alle Welt. Erklärtes Ziel ist der Aufbau eines Militärapparates, der in engster Kooperation, gegebenenfalls auch unabhängig von der NATO, in allen Teilen der Welt einsatzfähig ist. Krisensituationen werden von imperialistischen Hauptmächten durch Konkurrenzsituationen zur Beherrschung von strategischen Gebieten, von Rohstoff- und Energiequellen selbst geschaffen und als Vorwand

für militärisches Eingreifen genommen. Der Lissabonvertrag beinhaltet die Verpflichtung zur dauerhaften Aufrüstung für alle Mitgliedstaaten der EU und ermöglicht die Aufstellung eines EU-Rüstungshaushalts. Der Vertrag ermächtigt den EU Rat (ohne EU-Parlament) unter dem Deckmantel des sogenannten Antiterrorkampfes zu weltweiten Militärinterventionen, auch ohne UN-Mandat.

Demgegenüber kämpft die KPD für:

- sofortigen Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und Abzug aller Bundeswehr Soldaten aus dem Ausland,
- den Stopp der Rüstungsproduktion und Umwandlung in sinnvolle zivile Produktion,
- die Umverteilung des Rüstungsetats zu Gunsten der Bereiche Bildung und Soziales,
- die Abschaffung der EU Eingreiftruppe,
- den Austritt Deutschlands aus der EU und der NATO,
- die Einhaltung internationaler Abrüstungsverträge und Verträge über die Ächtung bestimmter Waffen.

unabhängig von Kapitalinteressen,

- ein Ausbildungsgesetz, das allen Jugendlichen ein Recht auf Ausbildung garantiert!

Die EU bedeutet Demokratieabbau!

Der Generalangriff auf die Rechte der Mehrheit der Menschen wird von dem Ausbau totalitärer Sicherheitssysteme begleitet. Überwachung und Repression sollen jeden Widerstand im Keim ersticken. Zur Legitimierung der Aushebelung von demokratischen Grundrechten wird die Gefahr des „islamistischen Terrors“ heraufbeschworen. Neofaschisten werden nicht bekämpft, sondern gegen linke Bewegungen genutzt und als Reserve gehalten. Auf der EU-Agenda stehen unter anderem die grenzüberschreitende Polizeiarbeit (Europol), der Datenabgleich von DNA-Analysen und Fingerabdrücken zwischen den Mitgliedsstaaten und ein europäisches Fahndungssystem. Die Unterdrückungs- und Überwachungs-Politik der EU wendet sich gegen alle Organisationen und Personen, die sich gegen

Ausbeutung, Unterdrückung und Vorbereitung neuer Kriege wenden und für die der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist. Der deutsche Innenminister Friedrich ist stets Antreiber bei der repressiven EU-Sicherheitspolitik.

Demgegenüber kämpft die KPD für:

- das Recht auf politischen Streik bis zum Generalstreik,
- die Erhöhung der Rechte der Gewerkschaften und Betriebsräte,
- das Verbot von Schnüffelei und Online-Durchsuchungen,
- den Stop der Angriffe auf das Versammlungsrecht,
- die Abschaffung des Paragraphen 129a. und b StGB (Vorwurf der Bildung einer terroristischen Vereinigung), die Beseitigung der Diskriminierung ehemaliger Staatsträger der DDR,
- die Aufhebung des KPD-Verbots von 1956 und Rehabilitierung und Entschädigung aller politisch Verfolgten in der damaligen BRD, für die Legalität aller

- die ca. 8 Mio. Empfänger von Hartz IV- Leistungen, deren Einkünfte für ein menschenwürdiges Leben nicht reichen und die Mehrbelastungen breiter Schichten der Bevölkerung infolge militärischer Aufrüstung und Auslandseinsätze der Bundeswehr, die immer weitere Menschen in die Armut stürzen. Jeder 6. Bürger und jedes 6. Kind ist bereits von Armut betroffen. Die EU beseitigt nicht die Verschuldung von über 4 Millionen Haushalten!

Nur durch den Kampf gegen die EU, angefangen im eigenen Land, gegen die Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik des Finanzkapitals und ihre Vollstrecker in der Regierung sind die Angriffe auf die Werktätigen zurückzudrängen und eine antiimperialistische Alternative für ein friedliebendes, dem Humanismus verpflichtetes Europa nach 2 Weltkriegen- ein sozialistisches Europa- zu erkämpfen. Dazu sind die gegenwärtigen Macht- und Eigentumsverhältnisse in den einzelnen Ländern Europas durch eine breite antifaschistisch/antiimperialistisch-demokratische Volksbewegung unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei zu überwinden und ein sozialistisches Europa zu errichten. Nur dann sind Frieden und soziale Sicherheit in Europa zu gewährleisten.

Die Wahlen zum EU-Parlament sind Gelegenheit, unser NEIN als KPD zur EU und zu den die EU unterstützenden Parteien der BRD zu bekräftigen. CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne werben für Wählerstimmen, um ihre bisherige Kriegspolitik, die militärische Aufrüstung, Kriegseinsätze sowie ihre Expansion zur besseren Kapitalverwertung, begleitet von zunehmendem Abbau demokratischer und sozialer

Rechte, verstärkt fortzusetzen. Die Partei DIE LINKE stellt die Konstruktion der EU nicht grundsätzlich in Frage, sondern wirbt für Reformen, die die EU „demokratischer, sozialer, friedfertiger machen soll“. Aber jeder Ansatz, aus diesem Instrument der Herrschenden zur Durchsetzung der Kapitalinteressen eine Union im Dienste der Völker zu formen, ist illusorisch und lenkt vom eigentlichen Kampf gegen

die Herrschaft des Finanzkapitals und ihre Vollstrecker ab.

Wir bekräftigen deshalb Lenins Feststellung: "Die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen sind entweder unmöglich oder reaktionär."

Wir Kommunisten halten eine inhaltliche Umformung der EU durch Mitarbeit nicht für möglich, weil die EU ein imperialistisches Konstrukt ist, das keine anderen Gesetze als das des Monopolprofits zuläßt. Alle Parteien, die die EU unterstützen und fördern, sollten bei den Wahlen durch NEIN-Stimmen abgestraft werden. Das trifft aber auch auf neofaschistische Parteien und Organisationen zu. Unsere Ablehnung der EU hat nichts mit rechtsextremen und nationalistischen Positionen gemein, denn nicht nur zur Militarisierung, Aufrüstung, Privatisierung und Entmachtung des Finanzkapitals, der Konzerne, Banken und Versicherungen gibt es entgegengesetzte Positionen.

Die EU hat nichts mit dem Zusammenwachsen der Völker zu tun, schon gar nicht mit Demokratie, Freiheit und Menschenrechten. Gern wird die Reisefreiheit in den Vordergrund gestellt, was nutzt diese aber den vielen Menschen, die kein Geld haben, um zu reisen. Und den Hartz IV-Empfängern wird ja sogar die Ortsgebundenheit verordnet! In erster Linie geht es beim Ausbau der EU um einen Platz unter den Großmächten, bei dem sie nicht hinter den USA zurückstecken möchte. Zu diesem Zweck müssen die Akkumulationsbedürfnisse des europäischen Monopolkapitals bedient und eine Profitmaximierung gesichert werden. Wo aber die Profite der Konzerne, Banken und Versicherungen steigen, wird auf der anderen Seite die soziale Unsicherheit der Werktätigen zunehmen, stehen Massenentlassungen, Standortschließungen, Privatisierungen, gesteigerte Arbeitsintensität bei sinkenden Löhnen an!

Die EU bedeutet Sozialabbau!

Die in schweren Kämpfen erreichten sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse sollen weiter abgebaut werden, durch zunehmende Privatisierung von Versicherungsleistungen, Rentensystemen, durch Einführung von Marktgesetzen auch im Bereich Bildung, Kultur, Gesundheit, und Ausweitung der Arbeitszeitregelungen.

Demgegenüber kämpft die KPD u. a. für:

- die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 1500 Euro (10 Euro/Std.),
- die 35 Std.-Woche mit dem schrittweisen Übergang zur 30 Std.-Woche bei vollem Lohnausgleich,
- den gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Angleichung der Löhne in den neuen Bundesländern an die in den alten Bundesländern,
- das Verbot von Ein-Euro-Jobs und Leiharbeit, weg mit Hartz IV,
- die Senkung des Rentenalters wieder auf 65 und Herstellung der Rentengerechtigkeit Ost/West sowie Aufhebung von Strafrenten,

- den Stop von Privatisierungen und die Rekommunalisierung von ehemaligem öffentlichen Eigentum,
- den Ausbau eines an den Bedürfnissen der Bürger ausgerichteten öffentlichen Dienstes!

Die EU bedeutet Bildungsabbau!

Die EU setzt sich zum Ziel, das Bildungswesen den Konzerninteressen anzupassen. Das bedeutet in erster Linie Privatisierung. Hochschul-, Schul- und Ausbildungs-Abschlüsse sollen europaweit angeglichen werden, auf niedrigem Niveau für die Massen und auf hohem Niveau für die sogenannte Elite.

Demgegenüber kämpft die KPD für:

- die kostenfreie Bildung sowohl in Kindereinrichtungen als auch in Hochschulen,
- die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, für eine Schule für alle,
- den freien Hochschulzugang ohne Studiengebühren,
- eine Forschung und Lehre